



# ROTSTIFT

Mitteilungsblatt des SPD-Ortvereins Pappenheim

AUSGABE 48

APRIL 2003

## Das „markt- und qualitätsorientierte Förderungskonzept“ für Kindergärten und Horte

*Reform der Kindergartenfinanzierung durch die bayerische Staatsregierung stößt auf harte Kritik*

Nachfolgend stellen wir Ihnen die wichtigsten Punkte des neuen Konzeptes vor:

1. Das Grundprinzip des neuen Konzeptes ist die Förderung des einzelnen Kindes und nicht wie bisher der Einrichtung.

Finanzielle Zuschüsse von Land und Kommunen richten sich zukünftig nach der Anzahl in der Tageseinrichtung betreuten Kinder.

2. Die Höhe der Finanzierung orientiert sich an der Dauer des Aufenthaltes, sprich der gebuchten Zeit und am „Gewichtsfaktor“, dies bedeutet, ob es sich um ein normales, behindertes oder Ausländerkind handelt.

Sind denn unsere „normalen“ Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen im Umgang mit behinderten Kindern genug geschult?

3. Eltern buchen einen Zeitrahmen, entsprechend verändert sich der Elternbeitrag.

Man spricht jetzt schon von einer Erhöhung von mindestens 15 Prozent gegenüber den derzeit üblichen Kindergartengebühren.

Hier stellt sich schon die nächste Frage: Müssen Kinder aus sozial schwächeren Familien künftig auf einen geregelten täglichen Kindergartenbesuch verzichten und können sie nur noch ein paar Stunden pro Woche den Kindergarten besuchen, weil der Geldbeutel der Eltern nicht mehr her gibt?

Wo bleibt das Recht auf Chancengleichheit?

Wird jetzt bereits im Kindergarten aussortiert, wer ein Recht auf Förderung und Bildung hat und wer nicht?

4. Jeder Einrichtung wird verpflichtet, Qualitätsentwicklung und -sicherung durchzuführen.

Ich denke, dass sich keine Qualitätssteigerung ergibt, sondern ein Qualitätsverlust für unsere Kinder. Die Träger werden die Gruppenstärke erhöhen müssen, um Kosten deckend arbeiten zu können, also bleibt doch pro Kind weniger Zeit.

5. Ebenso wird die pädagogische Betreuungszeit zu Gunsten von Verwaltungsaufwand reduziert. Wer überwacht, ob Kind A auch die tatsächliche gebuchte Zeit im Kindergarten verbringt, oder ob Kind A vielleicht diesen Monat 2,5 Stunden länger den Kindergarten besucht hat? Wer vergleicht bei einem dreigruppigen Kindergarten mit vielleicht 90 Kindern die gebuchten mit den tatsächlich angefallenen Stunden? Eine Stechuhr im Kindergarten?

6. Haben denn die Betreuerinnen überhaupt noch die Zeit, sich mit den Eltern über die Probleme eines Kindes zu unterhalten? Die normale Gruppenstärke von bisher 20, maximal 25 Kinder kann in Zukunft auf 33 Kinder steigen!

Eltern brauchen die Gewissheit, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind, eine ihrem Alter entsprechende Bildungseinrichtung besuchen können und durch gut geschultes Fachpersonal in ihrer Entwicklung gefördert und unterstützt werden.

Mit dem derzeitigen neuen Modell der bayerischen Staatsregierung, das noch in der Erprobung steckt, werden diese Anforderungen nicht mehr erfüllt.

Der Elternbeirat des evangelischen Kindergartens veranstaltete zu diesem Thema am 10. März einen Informationsabend, der leider schlecht besucht war. Wissen die Eltern, was da vielleicht ab dem Jahre 2005 auf sie zukommt?

Interessiert es in unserer Zeit niemanden mehr, wie unsere Kinder in Zukunft auf Schule und Leben vorbereitet werden?

Der Kindergarten ist ein wichtiger Ort, an dem unsere Kinder sich geborgen fühlen sollen, lernen, sich mit anderen auseinander zu setzen, soziale Kontakte knüpfen, spielen, erforschen, neue Fähigkeiten entdecken und noch vieles mehr können.

Doch hierfür ist etwas Entscheidendes ganz wichtig für sie: Z E I T.

Lasst unseren Kindern und den Kindergärtnerinnen die Zeit, die sie dafür brauchen!

Angelika Starzl

Bayern

SPD

# Landtagswahl 2003 für mehr Chancengleichheit

## Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

nachdem ich von den Delegierten des neuen Stimmkreises Ansbach Süd, Weißenburg-Gunzenhausen mit 93,7 Prozent der Stimmen für eine weitere Landtagskandidatur nominiert wurde, bewerbe ich mich am 21. September 2003 auf **Platz 1** der mittelfränkischen SPD-Liste erneut bei Ihnen.

Derzeit bin ich in folgenden Funktionen im Bayerischen Landtag tätig:

- Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes
- Vorsitzende des Arbeitskreises Öffentlicher Dienst der SPD-Landtagsfraktion
- Mitglied im Fraktionsvorstand
- Mitglied im Präsidium des Bayerischen Landtags
- stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Arbeitskreis Sport und im Arbeitskreis Frauen

Nachfolgend einige Initiativen, die ich für unsere Region auf den Weg gebracht habe:

- Antrag auf Aufnahme der B 2 als vordringliche Maßnahme in das Landesentwicklungsprogramm
- Finanzielle Entlastung des Bezirks Mittelfranken
- Aufnahme der Ortsumgehung Zimmern in die Dringlichkeitsstufe 1 des Staatsstraßen-Ausbauplans
- Zuschüsse sicher gestellt bei Renovierungsmaßnahmen, z. B. der evangelischen Kirche in Gundelsheim
- Weiterfinanzierung des Ostpreußen-Kulturzentrums in Ellingen durch die Bundesregierung
- Einrichtung einer 2. Klasse an der Berufsfachschule für Wirtschaft in Gunzenhausen



- Aufgreifen vieler kleiner und großer Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern
- Aufgreifen von Anliegen aus Vereinen und Verbänden, z. B. – die Notwendigkeit von Rauchmeldern, – vereinsfreundlichere und kostengünstigere Umsetzung des Bundesinfektionsschutzgesetzes in Bayern, – Einstellung von Verwaltungsangestellten auch für Volksschulen mit weniger als acht Klassen, – barrierefreie Gestaltung von Internetseiten der Landtagsverwaltung und der Ministerien

Am 21. September 2003 geht es um mehr **Chancengleichheit und Gerechtigkeit** in Bayern!

## Wussten Sie übrigens, dass

- in Bayern ein Kind aus den obersten Schichten eine 10,5-mal höhere Chance hat, das Gymnasium zu besuchen als ein Facharbeiterkind?
- 10 Prozent der bayerischen Schüler keinen Schul- bzw. Berufsschulabschluss erreichen?
- Bayern mit 4,63 Prozent die meisten Sitzenbleiber hat? Der Bundesdurchschnitt liegt bei 2,83 Prozent.
- jährlich 4 400 Nachwuchsakademiker aus anderen Bundesländern oder dem Ausland geholt werden müssen, weil es in Bayern zu wenig Hochschulabsolventen gibt?
- es in Bayern nur für 2,9 Prozent der unter 3-jährigen und 4,9 Prozent der 6- bis 12-jährigen Kinder Betreuungsangebote gibt?
- Bayern von allen Bundesländern seine Städte, Gemeinden und Landkreise mit den niedrigsten Schlüsselzuweisungen fördert

- (156 Euro/Kopf, Niedersachsen z. B. 331 Euro/Kopf)?
- Bayern seinen Kommunen 4 Milliarden Euro schuldet?
- die Staatsregierung den 2230 Sportvereinen ca. 150 Mio. Euro für Zuschüsse beim Sportstätten-



## Landtagsliste, Platz 21

**Waltraud Billmann**, geb. 15. September 1959, verheiratet, zwei Kinder, Arzthelferin in einer Allgemeinanzpraxis in Wassertrüdingen, seit Anfang 1990 Mitglied der SPD, seit 1996 Stadträtin in Wassertrüdingen, AsF-Vorsitzende und stellvertretende Ortsvereins-Vorsitzende der SPD Wassertrüdingen.

Adresse: Fürnheim 108, 91717 Wassertrüdingen  
T 09832-1774, Fax -656889,  
E-Mail w.billmann@web.de

bau schuldet, die zwischen 7 und 10 Jahren auf bewilligte Zuschüsse warten müssen?

- die Bayerische Staatsregierung 250 Mio. Euro Verlust bei der LWS und 650 Mio. Euro Verlust bei der Landesbank mit zu verantworten hat?
- die Bayerische Staatskanzlei mehr Personal beschäftigt als das Weiße Haus in Washington?
- Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in der Staatskanzlei um 186 Prozent auf 4,1 Mio. Euro gestiegen sind?

**Das hat nichts mit Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu tun! Mit einer starken SPD in Bayern gewinnt Bayern! Deshalb am 21. September 2003 SPD wählen!**

Ihre

**Christa Naaß**

**Bild: MdL Christa Naaß (rechts) mit Bundesfamilienministerin Renate Schmidt**

# Stehen die Kommunen vor der Pleite?

Pappenheims finanzielle Situation wird dramatisch –  
Ursachen und Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Misere

„So schlimm wird's schon nicht sein!“ wird so mancher unter Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, denken, wenn sie/er die Überschrift dieses Artikels liest. Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Situation ist weitaus dramatischer als die Bürger in Stadt und Dorf zu glauben vermögen. Es ist auch kein Phänomen Pappenheims, sondern eine Besorgnis erregende Entwicklung aller Kommunen. Die aktuellen Probleme gehen über konjunkturelle Einbrüche hinaus und haben vielfältige Gründe.

Die Situation ist schnell auf einen Nenner gebracht: Die Einnahmen brechen weg, und die Aufgaben werden immer mehr. Das ist eine Entwicklung, die nur beschränkte Zeit gut gehen kann. Noch vor zehn Jahren konnte Pappenheim Gewerbesteuer-Einnahmen von umgerechnet 1.423.082 Euro erwarten. In diesem Jahr muss man allenfalls mit 275.000 Euro auskommen. Damit sind die Einnahmen um **mehr als 80 Prozent (!)** geschrumpft. Darüber hinaus sank die Einkommensteuerbeteiligung, die Gewerbesteuer fiel gänzlich weg. Auf der Ausgabenseite stiegen aber die unabwiesbaren Kosten. So verlangte der Landkreis Weißenburg von seinen Kommunen im Jahre 1993 noch 42 Prozent Kreisumlage. Mittlerweile greift der Landrat in die Taschen der Kommunalhaushalte mit 49 Prozent Kreisumlage. Dabei kostet ein Prozentpunkt dieser Umlage der Stadt Pappenheim rund 21.000 Euro, macht immerhin eine Erhöhung um 147.000 Euro pro Jahr. Hinzu kommen Jahr für Jahr die Solidar- und nun die Hochwasserumlage.

Ganz besonders eifrig zeigt sich

unser bayerischer Landesvater Stoiber, wenn es um neue Gesetze geht, die Gelder kosten. Bezahlen müssen allerdings diese Rechnungen immer öfter die Kommunen.

Beispiel 1: Die Staatsregierung verlangte von den Schulen die Einführung von PC in den Klassenzimmern, allerdings sollen die Gemeinden die Rechnung begleichen.

Beispiel 2: Auf Grund der veränderten Familiensituation ist es erforderlich, dass der Staat an den Schulen **bedarfsgerecht** Ganztagesangebote anbietet – soweit sind sich SPD und CSU einig. Während aber die Sozialdemokraten mit einer bedarfsgerechten Ganztagschule den Unterricht entzerren wollen und die Kosten weitestgehend vom Bundesland Bayern zu tragen sind, favorisiert die Union die Ganztagsbetreuung. Für die Kosten der Betreuung sind aber die Kommunen zuständig. Ein Unterfangen, das die Stadt Pappenheim unmöglich bewältigen kann. Die Beispiele ließen sich noch lange fortsetzen.

Durch das Wegbrechen der Einnahmen und durch die Steigerung der unabwieslichen Ausgaben kommt es so weit, dass die Stadt Pappenheim im Augenblick noch nicht weiß, wie sie einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen soll. Obwohl bereits mehrere „Streichkonzerte“ stattfanden, könnte im Augenblick der Haushalt nur dann gedeckt werden, wenn die Rücklagen in Höhe von 1,2 Mio. Euro **vollständig** aufgezehrt werden. Dabei sind aber schon dringend notwendige Maßnahmen, wie z. B. die Renovierung der Stöbergasse, die Erneuerung des Ortsausgangs in Geislohe oder die Anbindung des Industriegebiets in Bieswang, auf die näch-

sten Jahre verschoben worden. Auf Dauer ein Ding der Unmöglichkeit! Im nächsten Jahr entsteht ein „Aufgabenstau“, der Gürtel müsste noch enger als in diesem Jahr geschnallt werden. Momentan hilft nur eines: Sparen auf Teufel komm raus! Streichung der freiwilligen Leistungen!

Der Ursprung für die fatale Situation findet sich in der Ära der Kohl-Regierung. Helmut Kohl hat den öffentlichen Haushalten einen Schuldenberg zugemutet, wie er ohne Beispiel ist. Bis zu Beginn der 90er Jahre machten die öffentlichen Haushalte 1 Billion DM Schulden, innerhalb von wenigen Jahren verdoppelte sich dieser Betrag auf 2 Billionen DM. Bis zum Ende der Regierung Kohl wurden noch einmal rund 400.000.000.000 DM drauf gelegt. Gerhard Schröder und Hans Eichel gelang es, in den ersten Jahren des konjunkturellen Booms die Entschuldung einzuläuten, aber in Zeiten der weltweiten wirtschaftlichen Talfahrt und der außenpolitischen Spannungen sind auch ihren Möglichkeiten Grenzen gesetzt.

Dass viele große Betriebe, die vor Ort ansehnliche Gewinne verbuchen können, dennoch keine Gewerbesteuer bezahlen, ist zum größten Teil „altes“ Steuerrecht und nicht – wie oft von Unionspolitikern behauptet – auf die rot-grüne Koalition zurückzuführen. Auch Pappenheim kann hierüber ein Klagegeld anstimmen. Letztendlich hilft uns aber eine Schuldzuweisung nicht weiter.

Wir brauchen eine grundlegende Gesetzesänderung. Unter Druck der SPD und anderer Vereinigungen soll das Konnexitätsprinzip („Wer anschafft, zahlt!“) in der bayerischen Verfassung verankert werden. Da-

mit soll das Stoiber'sche Prinzip: „Wir schaffen an, die Kommunen zahlen!“ gestoppt werden. Aufgaben dürfen dann nur noch auf die Städte und Gemeinden übertragen werden, wenn gleichzeitig ein vollständiger Kostenausgleich stattfindet. Dringend notwendig ist auch das verfassungsrechtliche Anhörungsrecht der kommunalen Spitzenverbände im bayerischen Landtag. Den Kommunen muss wieder ein finanzieller Handlungsspielraum eingeräumt werden. Noch so ein Jahr wie 2003, und die Kommunen sind zur Handlungsunfähigkeit verdammt. Dann werden Einschnitte erforderlich sein, die wirklich schmerzen. Schließlich muss eine Entbürokratisierung eingeleitet werden.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung vor kurzem finanzielle Entlastungen für die Kommunen angekündigt, wie z. B. die Befreiung der Kommunen vom Flutopferfonds oder die Erneuerung der Gewerbesteuer. Es bleibt nun nur noch zu hoffen, dass Schröder Ernst macht und Stoiber als bayerischer Ministerpräsident endlich aufwacht und nachzieht.

## Der Bezirkstag Mittelfranken

Mit Peter Krauß kandidiert erstmals ein Mitglied unseres Ortsvereins für den Bezirkstag von Mittelfranken. Bei Gesprächen stellt sich häufig heraus, dass ein Großteil der Wähler zwar von der Existenz des Bezirks Kenntnis hat, aber bezüglich der Aufgaben, der Tätigkeit und der Zusammensetzung des Bezirkstags erhebliche Defizite vorhanden sind. Deshalb versuchen wir hier, einige grundsätzliche Fragen zu beantworten.

### Was gehört zum Bezirksgebiet?

Das Bezirksgebiet hat rund 1,63 Millionen Einwohner und eine Fläche von 7.248 qkm. Es umfasst die Landkreise Ansbach, Erlangen-Höchstädt, Fürth, Neustadt a. d. A.–Bad Windsheim, Nürnberger Land, Roth, Weißenburg-Gunzenhausen sowie die kreisfreien Städte Ansbach, Erlangen, Fürth, Nürnberg und Schwabach.

### Welche Aufgaben hat der Bezirk?

Er schafft und unterstützt öffentliche Einrichtungen für das sozi-

ale, wirtschaftliche und kulturelle Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Mittelfranken. Der Bezirk übernimmt nur solche Aufgaben, die die Zuständigkeit oder die finanziellen Möglichkeiten von Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten überschreiten. Er ist überörtlicher Träger der Sozialhilfe sowie der Kriegsofferhilfe. In eigener Trägerschaft unterhält der Bezirk psychiatrische und neurologische Fachkrankenhäuser, eine sozialpsychiatrischen Dienst, Fach- und Sonderschulen, das Fränkische Freilandmuseum und die Fachberatung für Fischereiwesen. Außerdem fördert der Bezirk Kunst, Kultur, Brauchtum, Tracht und Mundart, schützt Natur und Gewässer sowie historischer Gebäude. Es besteht eine trinationale Regionalpartnerschaft Mittelfranken–Limousin (F)–Pommern (PL).

### Wie setzt sich der Bezirkstag zur Zeit zusammen?

Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 28, davon CSU 14, SPD 11, Bündnis 90/Die Grünen 2, Rep. 1. Bezirkstagpräsident ist Gerd Lohwasser, Vertreter sind Fritz Körber, Rudolf Schwemmbacher, Hans Kühnlein und Norbert Dünkel.

### Wie wird der Bezirk finanziert?

Landkreise und kreisfreie Städte tragen rund 45 Prozent der Aufwendungen. Die restlichen 55 Prozent setzen sich aus staatlichen Zuschüssen, Pflege-satzerträgen, Einnahmen in Zusammenhang mit der Gewährung von Sozialhilfen und Einnahmen aus den Bezirkseinrichtungen zusammen. 2002 betrug das Gesamt-Haushaltsvolumen 660,8 Millionen Euro. Allein für die soziale Sicherung der Bürger wendet der Bezirk 414,4 Millionen Euro auf.

Forts. S. 6

## Karl Jäckle 80 Jahre



Im Januar konnte Karl Jäckle die Vollendung seines 80. Lebensjahres feiern; dazu gratulierten auch (hier im Bild v.l.n.r.) Bürgermeister Peter Krauss, Landtagsabgeordnete Christa Naaß und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Andreas Widmann. Der Ehrenvorsitzende der Pappenheimer SPD gehört der Partei seit 1971 an, war im Stadtrat und dort Fraktionsvorsitzender, und er leitet heute noch den SPD-Stammtisch. „Auf Karl ist Verlass“, so das Lob seiner Genossinnen und Genossen.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Pappenheim, V.i.S.d.P.  
Andreas Widmann, Zimmern  
63, 91788 Pappenheim

# Für Sie in den mittelfränkischen Bezirkstag:



## **Peter Krauß, Direktkandidat (Listenplatz 10)**

Liebe Leserinnen und Leser,  
Gestatten Sie, dass mich Ihnen als Bezirkstagskandidat der SPD im Stimmkreis 207 vorstelle: Mein Name ist Peter Krauß, ich wurde 1943 in Pappenheim geboren und wohne mit meiner Familie bis heute in diesem schönen, geschichtsträchtigen Altmühlstädtchen. Seit 1978 gehöre ich dem Stadtrat an, seit dem 1. Mai 1996 bin ich hauptberuflicher 1. Bürgermeister meiner Heimatstadt. Mitglied des Kreistags Weißenburg-Gunzenhausen bin ich seit 1984 (Kreisausschuss, Rechnungsprüfungs- und Umweltausschuss, Mitglied im AEV seit seiner Gründung). Entscheidende Voraussetzung für meine Mitarbeit in all diesen Gremien war meine berufliche Ausbildung bzw. Tätigkeit als Diplom-Finanzwirt (FH)  
– bis 1975 Betriebsprüfer beim Finanzamt Weißenburg  
– 1975–1984 Betriebsprüfer beim Finanzamt Ansbach und nebenamtlicher Dozent an der BeamtenFachhochschule in Herrsching  
– 1985 Berufung als hauptamtlicher Dozent an die Landesfinanzschule Bayern in Ansbach.  
Außerdem habe ich nebenberuflich unterrichtet beim Berufsverband für Wirtschafts- und steuerberatende Berufe und bei der IHK.  
Auch für meine Tätigkeit im Bezirkstag setze ich mir naturgemäß vor allem Schwerpunkte, die sich aus der schwierigen Haushaltssituation ergeben, insbesondere also Konsolidierung des Bezirkshaushaltes. Ich bin zu lange mit der Materie befasst, um der Versuchung zu unterliegen, leichtfertig auf ein Patentre-

zept zu verweisen, das es sicher nicht gibt. Doch es gibt grundsätzlich anzuwendende Verfahrensweisen: Es darf keine Tabus geben, Umstrukturierungen sind anzustreben, die zu einer Entlastung des Bezirks führen. Dabei sind z. B. die einzelnen Aufgaben penibel daraufhin zu durchleuchten, ob sie ausschließlich Mittelfranken betreffen.

Im übrigen kann ich darauf verweisen, dass mir der Umgang mit diesem Problemkreis durchaus bekannt ist. Die Stadt Pappenheim hat schon seit 1995 starke Steuereintrübe zu verkraften. Dort ist es trotz aller Schwierigkeiten gelungen, die Stadtfinanzen zu ordnen. Ich weiß, dass dies einer der Gründe war, dass ich bei der Wahl im März 2002 (bei zwei Gegenkandidaten) mit fast 60 Prozent der Stimmen im Bürgermeisteramt bestätigt wurde.

Im Übrigen bin ich verheiratet, habe drei Kinder, zwei erwachsene Söhne und eine fünfzehnjährige Tochter. Meine Frau ist als Gemeindegemeinschaftswesener für die Diakonie tätig. Über 25 Jahre war ich im Kirchenchor aktiv. Ansonsten bin ich begeisterter Sportler (Tennis, Skilanglauf, Schwimmen). Ich hoffe, dass ich Ihnen einen ersten Eindruck vermitteln konnte. Schön wäre es, wenn ich auf den Informationsveranstaltungen der SPD möglichst vielen von Ihnen persönlich begegnen könnte.

## **Robert Buckel Bezirkstagsliste, Platz 16**

Hallo Genossinnen und Genossen, liebe Wählerinnen und Wähler,  
Ich freue mich, dass ich mich auf diesem Weg als Listenkandidat des Wahlkreises Ansbach Süd, Weißenburg-Gunzenhausen für die Bezirkstagswahl im September 2003 vorstellen kann.  
Mein Name ist Robert Buckel. Ich bin 1955 in Herrieden geboren. Verheiratet bin ich seit 1977, konnte also 2002 mit meiner Frau Silberhochzeit feiern. Wir haben zwei Söhne mit 21 und 23 Jahren.  
Meinen schulischen Abschluss erreichte ich an der Mittelschule Feuchtwangen mit der Mittleren Reife. Gelernt habe ich bei der Deutschen Bundespost als Fernmeldehandwerker. Nach meinem Grundwehrdienst schlug ich die



mittlere Beamtenlaufbahn ein. Von 1988 bis 1991 qualifizierte ich mich weiter und wechselte in den gehobenen Beamtendienst. Derzeit bin ich als Beamter beurlaubt und arbeite als Angestellter (Gruppenleiter) bei der T-Systems International, einer Telekom-Tochter.

Jeder Mensch braucht auch ein Hobby; ich bin seit 30 Jahren aktiver Sportkegler und in der Vorstandschaft des Sportkegellubs Gut Holz Herrieden. Als aktiver Feuerwehrmann habe ich alle Leistungsstufen errungen und auch an internationalen Wettkämpfen u.a. in unserer Partnerstadt Melk/Wachau Teil genommen. Von 1992 bis 2000 war ich 1. Vorstand des Feuerwehrvereins Herrieden und durfte in dieser Zeit verantwortlich die 125 Jahr-Feier mit organisieren. Als Mitglied des Krankenpflegevereins Herrieden bin ich auch in der Vorstandschaft der Sozialstation Bechhofen-Herrieden aktiv.

Politisch begann meine Arbeit 1984 als Stadtrat von Herrieden. Bei der letzten Wahl habe ich mich für die SPD als Bürgermeisterkandidat zur Verfügung gestellt. Auch, wenn ich nicht gewählt wurde habe ich doch einen gewissen Anteil dazu beigetragen, die 30 Jahre vorhandene klare Stellung der CSU zu brechen und arbeite ebenso wie meine Stadtratskollegen Curt Bauer und Josef Reisch mit dem neuen Bürgermeister Brandl der Freien Wähler sehr gut zusammen. Im Jahr 1985 habe ich einen Jugendaustausch mit Melk/Wachau ins Leben gerufen und betreue diesen noch immer. Auch bei der Organisation des Faschingsumzuges Herrieden stehe ich seit über 20 Jahren mit an verantwortlicher Stelle.

Forts. von S. 4: Bezirkstag

### **Wer von der SPD kandidiert für den neuen Bezirkstag?**

Wie der Landtag wird auch der Bezirkstag verkleinert. Künftig gibt es nur noch 25 Mandate, drei weniger als bisher. Die Stimmkreisbewerber der SPD sind:

Elke Held-Bartsch, Ansbach-Nord

Fritz Körber, Nürnberger Land  
Gabriele Köpplinger, Fürth Stadt

Hermann Steiner, Fürth Land  
Birgit Rigoll, Erlangen-Höchstadt

Wolf-Dieter Schottdorf, Nürnberg-Ost

Juliane Freund, Nürnberg-West

Robert Schmitt, Nürnberg-Süd

Dagmar Paliwal, Erlangen Stadt

Peter Krauß, WUG-GUN/ Ansbach-Süd

Dr. Hannelore Nowotny, Roth

Dr. Horst Krömker, Nürnberg-Nord

Rainer Heymann, Neustadt/  
Aisch-Bad Windsheim

### **Konstruktive Diskussion im Landesvorstand über die „Agenda 2010“**

Der Landesvorstand der bayerischen SPD beschäftigte sich kürzlich auf seiner Sitzung mit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder „Mut zum Frieden, Mut zur Veränderung“.

Begrüßt wurde der Fünf-Punkt-Plan zur Behebung der kommunalen Finanzkrise. Diese Maßnahmen wurden hier bereits an anderer Stelle angesprochen. Ebenfalls erfreut zur Kenntnis nahm der Landesvorstand die Erinnerung an die von der BayernSPD vertretene Forderung einer Umlagefinanzierung.

Wenn immer mehr Unternehmen sich bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen aus der Verantwortung stehlen, werden

## **Maibaum – wofür?**

Da bei der Stadt Pappenheim die Beutel bekanntermaßen fast leer sind und der Haushalt für dieses Jahr kaum ausgeglichen werden kann, ist es selbstverständlich, dass die Stadtverwaltung und Stadträte alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand stellen.

Diese günstige Gelegenheit nutzte der 2. Bürgermeister Obernöder, um die Kostenrelation zwischen dem Maibaumaufstellen in der Stadt und den Dörfern herzustellen. In Pappenheim wird zum Aufstellen ein Kran benötigt, was mehr kostet als in den Ortsteilen, wo die örtliche Feuerwehr für das Aufstellen zwei Kästen Bier bekommt. Allerdings musste der 2. Bürgermeister Obernöder vom 3. Bürgermeister Lämmerer in der Stadtratsitzung darauf hin gewiesen werden, dass in Neudorf der Maibaum auch durch einen Kran aufgestellt wird, weil dort schon einmal der Maibaum beim Aufstellen umgefallen war.

Bei allem Sparen darf ich aber die gewachsene Tradition beim Maibaumaufstellen in den Dörfern nicht mit der Stadt vergleichen, da dies hier keine solche Tradition hat.

Selbstverständlich ist gegen die Einsparung von Kosten

nichts einzuwenden, auch eine Beteiligung der Vereine (durch Schmücken des Maibaums oder durch Spenden) fände ich sinnvoll.

Ärgerlich ist die ganze Sache nur, wenn man bedenkt, auf welche Art und Weise hier versucht wird, Geld zu sparen, und dadurch die Kernstadt und die Ortsteile ungleich behandelt werden (die Kosten für den Kran in Neudorf interessieren scheinbar niemanden). In einem Brief an die Vereine wurde präsentiert, was unter dem Deckmantel der Sparsamkeit ohne vorherige Absprache und über die Köpfe vieler Vereinsmitglieder im Stadtrat bereits abgestimmt war. Missverständnisse und Ärger waren vorprogrammiert, wenn die Pappenheimer Vereine Knall auf Fall gezwungen werden, einen Maibaum aufzustellen, ohne dabei zu berücksichtigen, ob das nötige Gerät und die entsprechenden Leute zur Verfügung stehen oder nicht, nach dem Motto: Tut ihr es nicht, gibt es in Pappenheim halt keinen Maibaum. Liebe Stadtverwaltung und liebe Stadträte: auf diese Art und Weise nicht mit uns, denn ihr sollt für die Bürger arbeiten, nicht gegen die Bürger!

Andi Widmann

gesetzliche Maßnahmen notwendig.

Weitere Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen erfordern Augenmaß und Präzision. Es geht bei Kündigungsschutz, Kranken- oder Arbeitslosengeld um Kernfragen sozialdemokratischer Politik. Deshalb gibt es zu den vorgelegten Vorschlägen zur Reform der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes noch erheblichen Diskussions- und Klä-

rungsbedarf. In den bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren wird es darum wichtig sein, sozial ausgewogene Regelungen zu finden, die geeignet sind, zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu führen. Die BayernSPD wird alles tun, um die vom CSU-Vorsitzenden Stoiber vorgeschlagenen unverantwortlichen Einschnitte abzuwehren, weil diese unseren Sozialstaat im Kern zerstören würden.

**Ein frohes Osterfest wünscht Ihnen Ihre SPD Pappenheim!**